



HESSISCHER LANDTAG

25. 02. 2026

Kleine Anfrage

Sascha Herr (fraktionslos) vom 09.01.2026

Integrierte Lagebewertung und politische Steuerung bei neuen Hochrisikodrogen in Hessen

**und
Antwort**

Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege

Vorbemerkung Fragesteller:

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage, Drucksache 21/3065, wird deutlich, dass neue, hochgefährliche Suchtstoffe wie synthetische Opiode, Crack oder Lachgas in Hessen weder einheitlich erfasst noch in einer integrierten landesweiten Lagebewertung zusammengeführt werden. Gesundheitsnotlagen, Todesfälle, Schulmeldungen, Erkenntnisse aus der Suchthilfe und polizeiliche Informationen werden zwar jeweils punktuell dokumentiert, jedoch nicht systematisch substanzspezifisch ausgewertet oder politisch gebündelt bewertet. Angesichts der hohen gesundheitlichen Risiken einzelner dieser Substanzen, ihrer schnellen Verbreitung und der teilweise extrem geringen tödlichen Dosierungen stellt sich die Frage, wie die Landesregierung ihre Steuerungs- und Vorsorgeverantwortung wahrnimmt, wenn zentrale Entscheidungsgrundlagen nicht zusammengeführt werden.

Diese Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz wie folgt:

- Frage 1 Aus welchen Gründen verzichtet die Landesregierung bislang auf eine integrierte, substanzspezifische Lagebewertung zu neuen Hochrisikodrogen in Hessen?
- Frage 2 Welche fachlichen oder organisatorischen Gründe stehen einer landesweiten Zusammenführung von Gesundheits-, Suchthilfe-, Polizei- und Schulmeldedaten zu neuen Suchtstoffen entgegen?
- Frage 3 Welche Stelle innerhalb der Landesregierung trägt die politische Verantwortung für die Entscheidung, neue Hochrisikodrogen nicht systematisch in einer gemeinsamen Lagebewertung abzubilden?
- Frage 4 Wie bewertet die Landesregierung ihre eigene Steuerungsfähigkeit im Umgang mit neuen Hochrisikodrogen, wenn weder Trends noch regionale Schwerpunkte belastbar identifiziert werden können?
- Frage 5 Beabsichtigt die Landesregierung, künftig eine landesweite, substanzspezifische Lageübersicht zu neuen gefährlichen Suchtstoffen zu etablieren und dem Hessischen Landtag regelmäßig darüber zu berichten?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 5 gemeinsam beantwortet:

Der Umgang mit Suchterkrankungen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und lässt sich nur im Zusammenspiel der relevanten Akteure der verschiedenen politischen Ebenen, der Verbände, der Sicherheitsbehörden, aus dem Bereich Prävention, aus der Praxis sowie aus der Forschung bewältigen. Dies ist der Landesregierung ein wichtiges Anliegen. Entsprechend wird die Entwicklung neuer gefährlicher Suchtstoffe durch die zuständigen Stellen genau beobachtet und bewertet.

Die hessische Polizei bewertet die Entwicklung der Drogenszene im Hinblick auf neue Hochrisikodrogen landesweit fortlaufend, um Entwicklungen und regionale Schwerpunkte belastbar zu identifizieren. Sie werden einem Monitoring unterzogen, wie beispielsweise das Fentanyl-Monitoring beim Frankfurter Rauschgiftkommissariat.

Wiesbaden, 9. Februar 2026

Diana Stolz